

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

105 (6.5.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Erkennung täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugehört, monatlich 2.25, vierteljährlich 8.25. In der Expedition und in den Ablagen monatlich 66 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 1.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 1.25 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 123. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsgesellschaft & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redakteur, Schriftleiter und Anterz-Verlage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Heimarbeits-Ausstellung in Frankfurt a. M.

(Schluß) und Lederwarenindustrie.)

den Abteilungen der Bekleidungsindustrie verdienen drei eine nähere Betrachtung: die Pelzwarenfabrikation, die Mützenmacherei und die Schuhmacherei. Mit dem Nähen von Pelzfächern werden nur Frauen beschäftigt. Die Arbeit ist verhältnismäßig einfach und erfordert keine besondere Vorbildung. Es werden Pelz- und Pelzschaffensmaschinerie mit Futter, Häfen und Seiten, bei Mützen ist Watteeinlage zu machen, das Futter einzustechen und ringsum anzunähen, ferner werden Kinder- und Kindermützen genäht und gefüttert.

Der Umstand, daß es sich in dieser Branche ausschließlich um Frauenarbeit handelt, die noch dazu keine besondere Ausbildung erfordert, sondern nach kurzer Anweisung durch eine Arbeiterin der Fabrik sofort gemacht werden kann, hat auf die Löhne und anderen Arbeitsverhältnisse natürlich ungünstigen Einfluß ausgeübt. Die Löhne sind nämlich niedrig: für ein Dutzend Mützen z. B. bei denen die beschriebene Arbeit zu verrichten ist, erhält eine Arbeiterin 37 bis 45 Pfennig. Die Stundenlöhne betragen sehr häufig 12 Pf. und erreichen in wenigen günstigen Ausnahmefällen 17 Pf. Die Arbeitszeit ist lang, nämlich 14 Stunden täglich, aber auch eine so lange Ausdauer ist bei dieser Arbeit nicht auszuhalten, nur den notwendigen Ansprüchen genügende Lebenshaltung zu erreichen.

Einmal bessere Verhältnisse, allerdings auch nur für gewöhnliche Arbeiter, scheinen in der Mützenfabrikation zu herrschen. Im Ausstellungsgebiet werden für diese Branche 59 Heimarbeiter, 38 Frauen und 21 Männer beschäftigt. Die männlichen Heimarbeiter (Kappenmacher) erhalten Stundenlöhne bis zu 50 Pf. und bei Qualitätsarbeiten sogar noch etwas höhere, für Heimarbeiterinnen finden dagegen auch hier Löhne von 30 Pf. bis herab zu 15 Pf. für die Stunde. Dabei ist die Zeit, die zum Abarbeiten der fertigen Sachen aufgewendet werden muß, noch einmal berücksichtigt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für diese Heimarbeiter bis zu 14 Stunden. Ihre viel mehr erzeugende und mit Dampfmaschinen (Wägeln und Scherapparate) verbundene Arbeit verrichten die Heimarbeiter oft im Wohn- oder Schlafzimmer, einen besonderen Arbeitsraum haben die wenigsten. Mehrere Heimarbeiter beschäftigen Hilfskräfte und nehmen dann innerhalb ihres eigenen Betriebs eine gewisse Arbeitsteilung vor, die den Löhnen für den Zwischenmeister erhöht.

Die Schuhmacherei hat große Ähnlichkeit mit ihren Sachen, unter zum Teil sehr feine, bedeckt. Neben den großen Mützen mit vielen Heimarbeitern beiderlei Geschlechts, beschäftigt auch das Handwerk eine große Anzahl männlicher Heimarbeiter, sogen. Schoharbeiter, die sämtlich gewöhnliche Schuhmacher sind. Der Schoharbeiter macht die Vorarbeiten (Bau der Sohle, Abklopfen, Aufzwicken und das Beschnitten und Polieren der Abfälle und die Montage, das Abglätten der Sohlen und Gelenke, für die Fabrikanten wird als Heimarbeit die Wenderei von Leder-, Leber- und Filzschuhen und Stepperei von Filz- und Segeltuchschuhen ausgeführt und zwar ausschließlich von Frauen, die zur Ausübung ihres Berufes kurze Fahrzeit in der Fabrik durchmachen. Im Ausstellungsgebiet werden circa 500 Heimarbeiter beschäftigt, davon sind circa 270 Männer und circa 230 Frauen, in allen Fällen werden von den Heimarbeitern Familienangehörige zur Mithilfe herangezogen. Die Beschäftigung ist unregelmäßig, nur die für Fabriken schaffenden Heimarbeiter erfreuen sich einer einigermaßen dauernden Beschäftigung, die Schoharbeiter dagegen sind ausgesprochene Heimarbeiter. Die tägliche Arbeitszeit wird von den Heimarbeitern auf 10—12 Stunden, von den anderen Heimarbeitern, je nachdem Haupt- oder Nebenbeschäftigung, auf 5—14 Stunden angegeben. Die Löhne sind in den Mitteilungen der Etiketten auf den Ausstellungsplätzen zum Teil ganz annehmbare, übersteigen sie sogar manchmal den Satz von 50 Pf. für die Stunde, 30 Pf. finden wir sehr häufig verzeichnet. Allerdings sind die Etiketten in einzelnen Fällen auch die Bezeichnung: „nach Angabe des Arbeitgebers“, was missverständlich macht und den Verband der Schuhmacher zur Nachprüfung veranlassen wird. Behaupten doch die Arbeiter, hier ganz besonders günstige Fälle ausgestellt worden. Frauen bringen es auch in der Schuhfabrikation zu Hungerlöhnen, 12, höchstens bis zu 20 Pf., kann die Schaffensnäherin in der Arbeitsstunde verdienen. Als Arbeitsraum dient auch den Schuhmachern meistens das Wohn- und Schlafzimmer, nur ein Teil arbeitet in gemeinsamen Werkstätten, sogen. Sitzplätze, der Ver-

band der Schuhmacher hat in Frankfurt eine Zentralwerkstätte errichtet, in der die organisierten Kollegen Sitzplätze mieten können.

Die Organisationsverhältnisse sind nicht ungünstig, der größte Teil der männlichen Heimarbeiter gehört dem Zentralverband der Schuhmacher an. Die Gewerkschaft hat auch für die Schuhmacher im Ausstellungsgebiete verbessernd gewirkt, das beweisen u. a. die Tarifverträge, die in der Branche existieren.

Die soziale Versicherung ist bei den drei bisher betrachteten Gruppen von Heimarbeitern nur recht mangelhaft durchgeführt. Krankentafeln gehören zwar die meisten männlichen Schuhmacher an, von den Arbeiterinnen in der Schuhbranche sind dagegen nur circa 1 Prozent gegen Krankheit versichert, von den Arbeiterinnen der Pelzwarenfabrikation gehören sämtliche der Krankentafel an, von den in der Mützenfabrikation beschäftigten dagegen nur circa 25 Prozent. Die Invalidenversicherung ist sowohl bei männlichen wie weiblichen Arbeitern unbekannt, von sämtlichen Heimarbeitern in der Schuhmacherei fleben nur circa ein halbes Prozent Invalidenmarken, in den anderen Branchen ist das Verhältnis etwas besser.

Aus der Lederindustrie sind mehrere große Schaffensmaschinerien und Läden mit vielen feinen Lederwaren (Portefeuillewaren) gefüllt. Wir sehen die einfachsten Massenartikel bis zu den feinsten Qualitätsarbeiten vertreten. Alles, was diese Industrie überhaupt produziert, ist auf der Ausstellung vertreten, mit Ausnahme der größeren Reisetaschen, die nicht in der Heimarbeit hergestellt werden.

Die Lederindustrie ist in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus dem Buchbinder- und Sattlerhandwerk hervorgegangen, ihr Ausgangspunkt war die Nachbarstadt Offenbach am Main. Hier ist sie auch heute noch sehr stark verbreitet und beschäftigt viele Tausende von Arbeitern. Die hausindustrielle Betriebsform, die sich von Anfang an gebildet hat, ist in ständigem Wachsen begriffen, sie zählt circa 2500 Arbeiter. Das Zwischenmeisterwesen ist stark ausgebildet, der Zwischenmeister läßt zum Teil in seiner Werkstatt arbeiten, zum Teil gibt er aber auch die Aufträge an die in ihrer eigenen Wohnung schaffenden Heimarbeiter weiter. Die Herstellung von Portefeuillewaren zeigt auch in der Heimarbeit das Merkmal ausgebreiteter Arbeitsteilung. Steppen, Ausschlagen, Montieren, werden von verschiedenen Arbeitern besorgt. Ueber die Verhältnisse der Heimarbeiter entnehmen wir einer für die Ausstellung verfaßten Skizze des Syndikus Schloßmacher, daß die männliche Arbeitskraft vorherrschend ist. Von 677 Arbeitern, über die genaue Erhebungen vorliegen, sind nur 7 1/2 Prozent weiblichen Geschlechts. Es handelt sich fast ausschließlich um vollwertige Arbeitskräfte im Gegensatz zu manchen anderen Heimarbeitergruppen, unter denen sich oft Invaliden befinden. Dies geht daraus hervor, daß 70 Prozent von den 677 Arbeitern im Alter von 21—40 Jahren standen, 13 Prozent waren zwischen 40—50 Jahre alt. Der größte Teil der Heimarbeiter (90 Prozent) hat eine regelmäßige Berufsausbildung empfangen. Bei der Beurteilung der Arbeiterverhältnisse gerade dieser Branche macht sich ein auch sonst der Ausstellung anhaftender Mangel, die Zweideutigkeit der Etiketten bemerkbar. Sie lassen nicht immer deutlich erkennen, ob die angegebenen Löhne eines einzelnen Arbeiters oder des mit Hilfskräften arbeitenden Zwischenmeisters sind. Zuweilen finden sich zwar solche Angaben, aber sie geben auch kein klares Bild. So erklärt es sich, daß Stundenlöhne von 70 Pf. verzeichnet sind. In Wirklichkeit bleiben aber die Lohnsätze doch wohl erheblich hinter dieser Höhe zurück. Für Frauenarbeit finden wir auch hier Löhne von 15—17 Pf. für die Stunde. Der Durchschnittslohn wird auf 11 Pf. für die Woche berechnet und die wöchentliche Arbeitszeit auf 58 1/2 Stunden, während sie in den Fabriken nur 54 Stunden beträgt. Ob diese Berechnungen richtig sind, muß eine genaue Nachprüfung durch die organisierten Arbeiter ergeben, die hoffentlich recht bald vorgenommen wird.

Die große Mehrzahl der Portefeuille ist gegen Krankheit versichert, nämlich 99 Proz., gegen Invalidität dagegen auch nur 30 Proz. Der größte Teil dieser Heimarbeiter hat auch die Notwendigkeit der Organisation anerkannt und sich dem Berufsverbande angeschlossen.

Wenn wir von den Arbeitern der Lederwarenindustrie absehen, die in einigermaßen erträglichen Verhältnissen, wenn wohl auch nicht in so günstigen, leben, wie die Ausstellung vermuten läßt, so finden wir auch durch diese Abteilungs der Frankfurter Ausstellung die Klage über lange Arbeitszeit und unzureichende Löhne und über das Fehlen jeden Schutzes gegen Gesundheitsgefahren in der Heimarbeit bestätigt. Die noch zu betrachtenden Gruppen werden diese Klagen noch unterstreichen und ihre Berechtigung noch mehr beweisen.

Deutsche Politik.

Der Block in Bayern.

Am Sonntag tagte in Nürnberg eine sehr zahlreich besuchte Delegiertenversammlung des bayerischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei. Vom Parteivorstand war der Abg. Heimburger anwesend. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die bayerische Landesversammlung der Deutschen Volkspartei muß die Stellungnahme der Mehrheit der Reichstagsfraktion zum Sprachenparagrafen, die mit einem Grundsatz der Demokratie in offenbarem Widerspruch steht, mißbilligen. Sie lehnt jede Mitverantwortung für diese Politik ab und erwartet, daß die Reichstagsfraktion in Zukunft bei Fragen von so tief einschneidender Bedeutung nicht endgiltig Stellung nehme, ohne sich vorher mit den Organisationen der Partei in Verbindung gesetzt zu haben.

Dieses Tadelvotum, das keine Konsequenzen zieht, läßt leicht erraten, daß es das Kind eines Kompromisses ist. Offenbar ist der vorher angeforderte Antrag, aus der Deutschen Volkspartei auszutreten, ins Wasser gefallen, so daß die Opposition sich wieder mit einem gleichgiltigen Beschluß begnügen mußte, der vielleicht „radikal“ begründet und besprochen worden ist, aber leider wenig Hoffnung auf radikale Taten läßt.

Der Kaiser und Eulenburg.

Die „Berliner Zeit am Montag“ will aus ganz zuverlässiger Quelle erfahren haben, der Kaiser habe sich seiner Umgebung gegenüber in sehr deutlichen Ausdrücken dahin ausgesprochen, daß die Justiz dem Fürsten Eulenburg gegenüber keinerlei Rücksicht nehmen dürfe. Aus den Äußerungen des Kaisers soll auch hervorgegangen sein, daß er den Fürsten Eulenburg als des Verbrechens des Meineids schon überführt ansehe. Sie glaubt auch zu wissen, daß von Korru aus die Meinung ergangen sei, den Fürsten Eulenburg nicht anders zu behandeln, wie einen andern Sterblichen.

Nach dieser Nachricht muß es beinahe scheinen, als ob es in Deutschland bloß dann Gleichheit aller vor dem Gesetze gäbe, wenn es der Kaiser gnädigst erlaubt. Dann stünde aber der Kaiser — wie es nur in asiatischen Despotien üblich ist — über dem Gesetz, statt das Gesetz über dem Kaiser. Der Kaiser kann gesetzlich keine Anweisungen über die Behandlung des Falles Eulenburg erlassen und das entscheidende Urteil steht einzig und allein den ordentlichen Gerichten zu.

Der Siegeszug sozialistischer Gedanken.

In Stuttgart tagte kürzlich, wie schon mitgeteilt, die Generalversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer, auf der der bekannte Nationalökonom Prof. Adolf Wagner über die staatliche Zuwachsteuer referierte und dabei auch über die Gestaltung der Reichsfinanzreform zu sprechen kam. Unter anderem führte er aus:

Der Wertzuwachs sei ja auch hier auf die menschliche Tätigkeit zurückzuführen, aber hier arbeiten die einen und die anderen ernten. Diese Erscheinung sei nirgends in dieser ausgeprägten Form zu finden, wie bei Grund und Boden. Wo bei dieser Spekulation etwas riskiert wird, ist die Arbeit dafür sehr klein, die Gewinne aber sind unverhältnismäßig groß. Die feudalen Lasten waren gering in früheren Zeiten gegen diese Lasten, die künftigen Mietergenerationen auferlegt werden. Einen Teil der Schuld trägt das Privateigentum, das in unserer deutschen Rechtsordnung gesichert ist. Das ist nicht zu bestreiten, auch wenn man sich dadurch den Vorwurf der Förderung des Sozialismus zuzieht. Wir brauchen uns aber nicht vor diesem in der Bodenreform enthaltenen vernünftigen Begriff des Sozialismus zu scheuen. Das Eigentumsrecht am Boden ist nie ein so absolutes gewesen, daß nicht Beschränkungen auch in der heutigen Rechtsordnung eintreten dürften. Das Privateigentum sei nur im Rahmen der gesellschaftlichen Existenzbedingungen zu rechtfertigen, den persönlichen Interessen müsse das allgemeine Wohl vorgehen. Der Vorwurf des Sozialismus im allgemeinen sei daher nichts als ein Schlagwort. Jeder Eingriff des Staates in eine wirtschaftliche Betätigung sei schließlich als Sozialismus zu bezeichnen.

Es will immerhin etwas heißen, wenn ein königlich preussischer Universitätsprofessor sich zu einer solchen Kritik des Privateigentums aufschwingt, wenn sie auch von jener Halbheit ist, die im Wesen der Bestrebungen der Bodenreformer überhaupt liegt. Wer sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden will, muß das Uebel an der Wurzel packen; ihre Quelle ist ja nicht speziell das Privateigentum am Grund und Boden, sondern das Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt. Das wäre dann freilich nicht der königlich preussische „vernünftige Begriff des Sozialismus“, sondern der Sozialis-

ie bitte
ufenster-
en!
8, 30, 16
18, 33, 26
48, 28, 19
en, 28, 12, 7
2, 9, 7, 4
Stück 9
Stück 6
3, 10, 8, 5
Stück 9
Stück 10
Stück 13
Stück 19
5 M.
2.45, 1.75
15, 115, 78
Stück 5.75
4.35, 2.95
Stück 3.95
2.45
Griff,
105, 88
em Dekor,
Stück 98
Sand, Soda,
Stück 2.25
1.95, 1.45
2.45, 1.95
78, 88, 78
1.65, 1.15
0, 24, 18
2, 25, 19
45, 38, 26
48, 34
150, 110,
72, 58
68, 58, 38
195, 165
Stück 78
48, 38, 24
2, 8, 4
78, 55, 38
30, 22, 12
8, 45, 28
3 und gelb,
Pfund 55
88, 55, 32
Stück 11
5, 125, 95
Stück 2.10
1.65, 1.25
98, 88, 48
48, 38, 28

mus, dem die Sozialdemokratie zum Siege verhelfen will. Den darf aber ein preußischer Unversitätsprofessor nach der Ley Arons nicht vernünftigt finden.

Wagner begründet seinen Vorschlag, die staatliche Zuwachsteuer als Reichsteuer einzuführen, noch mit folgenden markanten Sätzen:

Die Gewinne durch Spekulation seien wohl nach der heiligen Rechtsordnung berechtigt, aber sie haben doch bedenkliche Wirkungen. Der Besitzer, der den Boden nur kauft, um ihn liegen zu lassen, bis er mit Wert völlig gesättigt ist, um ihn dann wie eine Zitrone auszupressen, handelt nicht richtig.

Sein Plan einer Wertzuwachssteuer als Reichsteuer stieß in der Verammlung auf Widerspruch. In der Debatte erklärten sich fast alle Redner für die städtische Zuwachsteuer. Ueber die Reichsteuerfrage sprach sich Wagner dann folgendermaßen aus:

Jede geplante Reichsteuer finde eine Majorität von Gegnern, aber keine eine Majorität von Freunden. (Heiterkeit.) Man werde auch die Biersteuer, die Branntweinsteuer und die Tabaksteuer kaum umgehen können. Aber diese Steuern auf die Massenkonsumartikel belasten nach unten mehr als nach oben.

Rusland.

Rußland.

Ein Zeichen der Zeit. Die Vorstände der in den Petersburger Arbeitervierteln belegenen Kirchen konstataren, daß die Zahl der Angehörigen des Arbeiterstandes, die an diesjährigen Andachten und Fasten während der Fastenzeit teilnahmen, im Vergleich mit den verfloffenen Jahren bis auf 25 Prozent gestiegen ist!

England.

Der Kampf im Schiffbauergewerbe ist nun unvermeidlich geworden. Alle Versuche des Handelsministers Churchill, wie der Arbeitervertreter im Parlament, die Arbeiter in den Werften an der Nord-Ostküste zum Nachgeben zu bewegen, sind gescheitert. Ein Teil der Maschinenbauer, etwa 5000, befinden sich, wie bekannt, schon seit einiger Zeit im Ausstand.

Wird nun die Aussperrung nach den Beschlüssen der Unternehmerorganisation durchgeführt, so werden ca. 33 000 Arbeiter am Tyne und Clyde, sodann aber noch ca. 50 000 in andern Schiffbauzentren in Frage kommen. Das Stärkeverhältnis der an dem Kampf beteiligten Arbeiterorganisationen ist folgendes:

Table with 3 columns: Category, Mitglieder, Fonds. Rows include Maschinenbauer (110 000, 15,5 Mill. Mark), Kesselschmiede (54 000, 6,04), Schiffszimmerer (20 000, 2,90), Dampfmaschinenbauer (12 000, 1,70), Maschinenarbeiter (5 320, 0,22).

Diese Zahlen zeigen deutlich, wach ungeheure wirtschaftliche Schädigungen dieser Kampf, und dauere er auch nur wenige Wochen, für die Beteiligten im Gefolge haben muß.

Badische Politik.

Die Volksschule für die Armen, die Universität für die Reichen.

Das ist der Inhalt eines Leitartikels der „Badischen Landeszeitung“, in welchem es am Schlusse heißt:

Zwischen den Zeiten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

66) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Unter allen Anzeichen stärkster Seelenalteration hatte Leo den Bericht zu Ende gelesen. Nun stand er auf und legte ihn schweigend auf das Bult des Affessors.

„Nun, was sagen Sie dazu?“ fragte dieser eifrig.

„Ottile Hilpert ist eine Märtyrerin,“ erwiderte Leo mit ernster Miene.

„Aber die Möglichkeit der Kaptenvergiftung schwebt zu sehr in der Luft — ein Beweis ist nicht erbracht.“

„Für mich spricht dieser Bericht eine herabde Sprache.“

„Und die Tatsache der Vergiftung?“

„Kann ich nicht erklären, aber trotz alledem stehe ich für Ottilians Reinheit, in jenem, wie in dem gegenwärtigen Falle. Was letzteren anlangt, so bin ich überzeugt, wird sich ihre Unschuld mit der Entdeckung des wahren Täters glänzend herausstellen — wie Sie mir sagten ist jener Franke seit Jahren in Aktion — er ist ein hochbefähigter Mann, ich hege das Vertrauen, daß er die rechte Spur entdecken wird.“

„Koffen wir es,“ versetzte Krüger, der weniger zuberfüchlich war.

„Was aber die Akten wegen des Kindesmords anlangt, so werde ich nicht eher ruhen, bis ich volle Klarheit in die Sache gebracht habe,“ fuhr der Architekt entschlossen fort. „Ich will selber nach Strahburg reisen, um mit dem Verteidiger und allen beteiligten Personen Rücksprache zu nehmen, vielleicht ergeben sich Umstände, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens ermöglichen.“

„Wenn das in den Händen vorhandene Gift in der Tat die Ursache ist, so wird sich niemals die volle Wahrheit ermitteln lassen.“

„Das wäre entsetzlich! Aber auch in diesem Falle lassen sich vielleicht neue Tatsachen durch Experimente feststellen — geschehen muß etwas für die Unglückliche, die sonst zu grunde geht. Soll ein schuldloser Mensch wirklich einer Heimtücke des Schicksals zum Opfer fallen?“

... Aber auch für jene, die durch die verlockende Gelegenheit in die Bahn des Studiums gedrängt, das Absolutorium einer höheren Lehranstalt erlangen, ist der Gewinn nicht immer groß. Die Ueberfüllung der gelehrten Berufe macht ihnen ein befriedigendes Unterkommen oft schwer genug. Und in der gleichen Zeit, wo diese Berufsarten ihren Gliedern kaum Brot und auskömmliche Stellung bieten können, und wo namentlich der in der Konkurrenz vom Glück Verlassenen ein herbes Ringen mit Not und bitteren Erfahrungen kaum erspart bleibt, schreit die Landwirtschaft nach Arbeitskräften, fehlt es im Gewerbe, fehlt es im Handel an fähigen Köpfen. Denn nur wenige von denen, die die oberen Klassen oder das Absolutorium einer höheren Schule erreicht haben, wenden sich den Gebieten der produktiven Arbeit zu. Und so gericht jede Realschule, jedes Progymnasium, das über den wirklichen Bedarf hinaus errichtet wird, einem gesunden Volksleben zum Schaden.

Werkwürdig, daß die „Landeszeitung“ nicht dafür plädiert, die Anwärter der höheren Schulen sollten zu produktiver Arbeit übergehen. Denn bekanntlich würde mancher Professor als praktischer Schuhmacher der Menschheit größere Dienste leisten, wie als Hochschullehrer. Und mancher Schuhmachergeselle hätte das Zeug, um Professor zu werden, wenn er auch über das nötige Geld zum Besuch höherer Schulen verfügte. Darin liegt ja gerade eine der größten Ungerechtigkeiten des heutigen Staatswesens, daß die Söhne der Besitzenden studieren müssen, auch wenn sie noch so dumm sind. Für die Aufrechterhaltung eines solchen Zustandes brauchte ein liberales Blatt nicht noch eine Lanze zu brechen.

Eine jesuitische Entstellung

Leistet sich der „Bad. Beobachter“, indem er uns unterstellt, wir hätten alles Gebet der Christenheit als Unfug und Aberglauben charakterisiert. Das ist nicht wahr. Aber der „Bad. Beobachter“ muß zu solchen böswilligen Unterstellungen seine Zuflucht nehmen, um wenigstens mit einem Schein von Recht den Vorwurf der Religionsfeindschaft des „Volkshreund“ aufrecht erhalten zu können. Welcher prinzipielle Unterschied zwischen einer einwandfreien und einer nichteinwandfreien religiösen Uebung besteht, darüber mit dem „Bad. Beobachter“ zu diskutieren, hat keinen Zweck. Bekanntlich hält jeder seine eigene religiöse Ueberzeugung und demgemäß auch die derselben entsprechende religiöse Uebung für einwandfrei. Wir wissen, daß geistig hervorragende Leute der Vergangenheit sowohl als der Gegenwart Gläubige waren, bezw. sind und als solche beten und es ist uns deshalb auch gar nicht eingefallen, das Gebet als religiöse Uebung an sich zu verpöhlen, wie das uns der „Badische Beobachter“ unterstellt. Schon die Achtung vor jeder ehrlichen Ueberzeugung, auch die der streng religiösen, würde uns davon abhalten. Aber zwischen dem Gebet als religiöser Uebung und den Mirakeln, die, wie der „Bad. Beobachter“ selbst zugeben muß, kirchlicherseits vorkommen — und sie gehören nicht zu den Seltenheiten, sondern zu den Alltäglichkeiten —, ist ein sehr großer Unterschied, ebenso wie zwischen Gläubigen und Gläubigen. Eine scharfe Grenze zwischen Glauben und Aberglauben läßt sich nicht ziehen. Der „Bad. Beobachter“ ist zwar anderer Meinung, aber wir gestatten uns, auch eine Meinung in solchen Dingen zu haben. Zu glauben, daß jeder, der an das Kaiser Kirchenbaukomitee 1 M. abliefern, besondere Gnadenwirkungen zu erhoffen habe, ist u. E. toller Aberglaube. In dem Kaiser Schriftstück ist nicht sowohl die Form als vielmehr auch der Inhalt selbst, um mit dem „Bad. Beobachter“ zu sprechen, unglücklich. Die Sache selbst bekommt durch eine andere Form der Sprache keinen anderen Charakter.

Der „Bad. Beobachter“ hält die Gesundheitserei, wie sie im „Kochfrauenboten“ angepriesen wurde, für religiös einwandfrei. Mit welchem Recht will er die amerikanische Art der Gesundheitserei als Aberglauben bespötteln? Was dem einen recht ist, muß dem anderen gegenüber billig sein. Das allein ist's, was wir herboregehoben haben. Wer so empfindlich hinsichtlich der Tatsache ist, wie die Herrschaften vom Zentrum, der sollte sich davor hüten, die religiöse Ueberzeugung und Uebung anderer zu bespötteln, denn sonst verliert er das

„Es geschieht oft genug, Herr von Krüger.“

„Weider. Doch was ich tun kann, soll trotzdem geschehen.“

„Sie lieben das unglückliche Mädchen?“

Der Künstler schien von der etwas indiskreten Frage nicht angenehm berührt, ausweichend antwortete er: „Ich habe meine Gefühle selber noch nicht sondiert. Das ich in mir konstatiere, ist ein seltsames, mir selber rätselhaftes Interesse. Ich hoffe, daß außer der allgemeinen Verehrung des Künstlers für das Schöne auch die Humanität einen entsprechenden Anteil an meinem Entschlusse geltend machen darf.“

Er wandte sich zum Gehen, an der Tür hielt er stehen.

„Eine Bitte hätte ich noch, Herr Affessor.“

„Welche?“

„Ich möchte, bevor ich abreise oder weitere Schritte in der Angelegenheit unternehme, mit Ottile Hilpert sprechen.“

„Glauben Sie, daß sie Ihnen die Wahrheit sagt?“

„Was sie auch sagt, ich werde die Wahrheit daraus schöpfen.“

Der Affessor lächelte verhalten. „Nun wohl, reden Sie mit ihr — ich will Ihnen auf der Stelle die Genehmigung ausshändigen.“

Die schmuckige blaue Bluse vorn halb offen, die Halsmansche tief in die Stirn geschoben, schlenderte am Morgen desselben Tages ein Mann von mittlerem Alter durch die noch völlig unbelieben Straßen der Zellstadt. Der Mann sah trotz seines nicht allzuviel herpredenden Äußeren ziemlich harmlos und gutmütig aus. Eigenschaften, auf welche auch seine momentane Beschäftigung hinbeutete. Er trug nämlich eine, der auf allen Schuppenfesten künstlichen sogenannten Gummifäden in der Hand, die er von Zeit zu Zeit zum Munde führte, bis zur äußersten Grenze aufblies, und dann ohne die geringste Rücksicht auf die Ohren etwa in der Nähe befindlicher Mitmenschen gleich einer in Schwelltäten befindlichen Lokomotive pfeifen ließ, bis der letzte Ton aus ihr heraus und sie wieder zu einem unscheinbaren Gummilappchen zusammengekrumpft war.

Der „geschmackvolle“ Musikant passierte gerade einen Wagen, vor dem zwei Mädchen standen und emsig wuschten,

Recht, sich zu entrüsten, wenn ihm dasselbe passiert. Wissen zwar, daß wir uns die Finger wund schreiben können und der „Bad. Beobachter“ würde uns trotzdem nicht verstehen wollen. Das gehört zu dem Christentum des Ultramontanen. Es ist das ein ganz spezifisches Christentum, das über jede andere Art von Religion turmhoch erhaben fühlt, daher auch die unbotmäßige Übermaßung, mit der diese Zentrumschriften anderen gegenüber auftreten zu dürfen glauben. Wir lassen uns also durch diese Annahme nicht imponieren, denn wir wissen längst, was dahinter steckt.

Auf Wunsch des „Bad. Beobachter“ sei zum Schluß ein Irrtum eines unserer Mitarbeiter berichtet, der hauptsächlich der Erzdiözese habe die Leiche des verstorbenen Großherzogs eingesehnet. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Der Erzdiözese hat sich lediglich als Vertreter der Kirchenbehörde am Leichenzug beteiligt.

Die Kommission für die Beamtengesetze

trat gestern in die Beratung des Beamtengesetzes ein. Aus der Mitte der Kommission zu dem § 4 der Vorläufige gestellter Antrag, die Probendienstzeit für etatmäßig angestellte Beamte zu kürzen, fand keine Mehrheit. Eine längere Diskussion knüpfte sich an den § 5 der Vorlage, wonach die Vergütung der Umzugskosten ganz oder teilweise vergütet werden kann, wenn der Beamte wegen seines dienstlichen oder außer dienstlichen Verhaltens vorbestraft werden muß. Einstimmig beschließt die Kommission die bisherige Bestimmung des Gesetzes beizubehalten.

Liberaler Arbeiterfreundlichkeit.

Aus Freiburg schreibt man uns: Wenn die „Freiburger Zeitung“ in Sozialpolitik macht, dann kommt in der Regel ein sinn heraus. In der Nummer vom Dienstag, den 23. April, befragte sie die Ergebnisse der Arbeiterversicherung nach den Zusammenstellungen des „Korrespondenzblattes“. Sie findet dort, daß die Durchschnittslöhne der Arbeiter gestiegen sind und folgert dann ohne weiteres daraus, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gestiegen sei. Es wird niemand bezweifeln wollen, daß sich einzelne Berufsgruppen verbessert haben. Keinenfalls aber trifft das für alle zu. Die Unfallversicherung umfaßt die besser bezahlten Arbeiter und trägt den Durchschnittslohn nur 895 M. pro Jahr. In 20 Jahren ist der Lohn um 20 M. gestiegen. In diesen 20 Jahren sind die Mietpreise für eine Zweizimmer-Wohnung um 80 bis 100 M. gestiegen. Die den noch 140 bis 160 M. Rechnet man dann noch die Steigerung der Lebensmittelpreise und die der Kleiderpreise, so wird nicht mehr viel übrig bleiben für eine absolute Steigerung der Lebenslage. Wenn der Sozialist Calver alles zusammenrechnet, um immer wieder zu betonen, daß sich die Lebenslage der Arbeiter fortgesetzt hebt, dann ist das seine Sache. Die Arbeiter, die die Sache praktisch am eigenen Leib verspüren, haben darüber ihre eigene Meinung. Direkt Unfug aber ist es, wenn die „Freiburger Zeitung“ schreibt, „denn die Zusammenstellung beweist, daß man seitens der Arbeitgeber bestrebt war, den gesteigerten Anforderungen an das Leben Rechnung zu tragen und die Wünsche des Arbeiters in einem den verteuerten Verhältnissen entsprechenden Umfang herauszusetzen“. Von den schweren Kämpfen weiß die „Freiburger Zeitung“ nichts, sie weiß auch nicht davon, daß die Unternehmer sich auch während der besten Konjunktur weigern, eine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Es wird dann noch die Frage aufgeworfen, ob wohl bei anderen Ständen und auch bei den Arbeitgebern die Einnahmen in der gleichen Weise gestiegen seien. Wir können der Behauptung der „Freiburger Zeitung“ nur empfehlen, einmal Vergleiche anzustellen über das Wachstum der Dividenden bei den Aktiengesellschaften, dann wird sie finden, daß dort die Gewinne noch ganz anders gestiegen sind. Findet auch bei den Handverwertern der Lebenshaltung gestiegen ist, wird niemand bestreiten wollen.

Wenn dann die „Freiburger Zeitung“ am Schluß kategorisch verlangt, daß nunmehr die Klagen aus Arbeiterkreisen verstummen, und daß man auch nicht mehr von Ausbeuterkreisen und dergleichen sprechen dürfe, so kann das nur fomisich wirken.

So lange der Lohn eines Arbeiters noch nicht einmal 1000 M. pro Jahr beträgt, so lange es noch Millionen gibt, die nicht einmal 900 M. verdienen, so lange haben die Arbeiter keine Ursache, zufrieden zu sein, und es wäre Pflichtvergeßlichkeit, wenn sie sich nicht auch in der Zukunft regen würden, um bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen. Nicht darauf kommt es an.

Die Mädchen lachten und hielten sich die Ohren zu, ein Mann aber, der auf der Wagentreppe saß und in einem Kaltpostroman las, blinzte ängstlich auf und brummte:

„Haben Sie denn weiter nichts zu tun, als das Zeitungsding zu lesen?“

„Geniert Sie's?“ fragte der Mann in der Vollkommenheit gleichmütig zurück.

„Na, Opermust ist's gerade nicht.“

„Ich dachte, Sie mühten allgemach daran gemöhnt sein, meinte der andere, stehen bleibend.“

„Um — soll's auch meinen. Ist aber ein ander Ding, ob man's vormittags oder nachmittags hört. Nachmittags haltalls in dem allgemeinen Lärm, aber früh —“

„Na, wenn's Ihnen nicht paßt, kann ich's ja lassen, nicht der Pfeifer gemüßlich und ließ die Pflanze mit seiner Hand in der Hofentasche verschwinden. „Haben Sie gute Geschäfte gemacht?“

„Gute? Hols der Grüne — durch die infame Geschichte mit dem Wort sind ein paar Tage so gut wie verloren gegangen.“

„Na, heute und morgen sind auch noch Tage.“

„Ach was, heut ist gar nichts — morgen aber am Schlußtag wird's vielleicht noch einmal tüchtig voll.“

„Wo gehen Sie von hier aus hin?“

„Nach Wöhr.“

„Wir auch.“

„Wir — haben Sie auch eine Bude?“

„Nein, ich nicht, ich bin bei Schulz im Panorama gefestern.“

„Ach so, bei Schulz. Na ja, der geht immer nach Wöhr.“

„Ich glaube, von hier gehen fast alle hin.“

„So, wann geht's dort los?“

„Mächsten Freitag.“

„Sind aber doch schon vorher welche aufgedröhen — sind die hin?“

„Wer ist aufgedröhen? Ich müßte niemand.“

„Der Kinematograph ist seit gestern fort.“

„Ach der — der ist nach Halle, er ist nicht besonders zufrieden diesmal.“

(Fortsetzung folgt.)

... die Leben...

... hat, sonde...

... Arbeiter so...

... befreiten...

... abgele...

... durch den...

... Er mach...

... die Doffe...

... Anwesen...

... haben wi...

... nicht...

... trat die...

... um 3/8 U...

... der Vor...

... von d...

... der Vor...

... Gen. Vol...

... der Gew...

... werden m...

... Die G...

... überbrac...

... vom Re...

... und vo...

... betreten...

... in die Tag...

... 1896 88 O...

... stand auf...

... 85...

... ist. Die...

... zu dem g...

... der Eingel...

... etwa 200...

... befristungs...

... der Erfolg...

... den Kassenber...

... betragen...

... 274 M. Die...

... 454,75 M...

... erzieht.

... Die Referat...

... „Initiation“...

... hielt...

... zu gründen...

... wirtschaftliche...

... Lage...

... dann ist n...

... wirtschaftlichem...

... Organisation abgesc...

... die freie Ar...

... sprachen...

... Hauptvorstand...

... wurde dann r...

... Die außerord...

... der Reichsvereins...

... Die Z...

... Verhältnis...

... Aus über 18...

... Agitationen...

... Verbreitung i...

... die bisherige...

... Verbindung mit...

... der „Jungen...

... die Zentralk...

... den Vorstand...

... der Schlußwort...

... Resolution arbei...

... hatten haben...

... dann send...

... dem Geses...

... der Landtschreib...

... der proletarische...

... der breittägige...

... der Marktsalle...

... um 3/8 Uhr wur...

... Deut...

... der Ag. Sch w...

... der international...

... der gewerblüche...

... der Anwendung...

... der Bändhölzer...

... der dritter Ber...

... der Regelung...

... der Regelung...

... der Klammern...

... der scheidliche...

... der den Bilpro...

... der Sekretär v...

... der in länger...

... der Kommiss...

... der diese (konj...

... der, daß es ni...

... der zu dem...

Zweiter Verbandstag

Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

abgehalten am 3. Mai 1908 in Darmstadt.

Wir tragen noch nach: Der Verbandstag wurde um 1/11 Uhr durch den Vorsitzenden Gen. Paul Körner-Mannheim eröffnet. Er machte den Vorschlag, die Vormittags- und Nachmittags-Sitzung der Öffentlichkeit abzuhalten und in der Nachmittags-Sitzung die Öffentlichkeit zuzulassen. Es verließen hierauf die Anwesenden den Saal. Aus der Rede des Gen. Dr. Körner hervor, daß die bis jetzt bestehenden Vereine, die politisch neutralen Vereine umgestaltet werden sollen. Die nichtöffentliche Sitzung dauerte bis mittags 1 Uhr.

Die Sitzung wurde wieder eröffnet. Der Vorsitzende verliest die eingelaufenen Glückwünsche von der „Jungen Garde“ Belgiens, vom Verband junger Arbeiter Österreichs und vom Landtagsabgeordneten Gen. Volter-Darmstadt. Im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist Gen. Schmidt die Grüße der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands überbracht. Gen. Müller; desgleichen Gen. Schäfer vom Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von Hessen. Alle Vertreter hielten kurze Ansprachen.

Vertreten sind 38 Orte durch 51 Delegierte. Es wird hierauf die Tagesordnung eingeleitet. Gen. Körner führte aus, daß 38 Ortsvereine bestanden haben und daß bis heute der Verband auf 85 Ortsvereine mit 4500 Mitgliedern heranwachsen ist. Die „Junge Garde“ hat eine Auflage von 9000 Exemplaren. Zu dem großen Aufschwung des Verbandes sei erwähnt, daß die Einzelmitglieder und Abonnenten in Sachsen im Jahre 1907 etwa 200 betrug und 1908 auf 2000 gestiegen sind. Auch die Delegationskommissionen haben sich vervielfacht und es der Erfolg in vielen Fällen nicht aus.

Der Kassierbericht erstattete Gen. Fries-Ludwigshafen. Die Einnahmen betragen seit der letzten Generalversammlung 107 000 Mk.; die Ausgaben 6197,99 Mk. Der Kassierbestand betrug 44,75 Mk. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassier Bericht erteilt. Das Referat über „Das Reichsvereinsgesetz und unsere Agitation“ hielt Genosse Dr. L. Frank. Die neuen Vereine, die wir zu gründen haben, müssen Auffklärung schaffen über die politische Lage und den Behrungsstand noch mehr wie früher; dann ist notwendig allgemeine, gründliche Bildung auf wirtschaftlichen Gebieten. Die Zusammenkünfte sollen ohne Agitation abgehalten werden; Ausflüge mit Jugendspielen und freie Arbeiterlieder sollen gepflegt werden. In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Annahme der Hauptvorstände vorgelegte Resolution aus. Die Resolution wurde dann mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen. Sie lautet:

Die außerordentliche Generalversammlung des D. J. A. Deutschlands protestiert mit Entschiedenheit gegen die durch das Reichsvereinsgesetz beabsichtigte Entziehung der Arbeitervereine.

Damit die Ziele der Jugendorganisationen unter den jetzigen Verhältnissen erreicht werden, wird beschlossen:

1. Aus über 18 Jahren alten Genossen sind in allen Orten Agitationskomitees für die Jugend zu bilden, die für die Verbreitung der „Jungen Garde“ zu sorgen und in Verbindung mit den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben haben.

2. Die bisher bestehenden Ortsvereine sind, wo möglich, in unpolitische Bildungsbereine umzuwandeln.

3. Die Agitationskomitees für die Jugend haben dafür einzutreten, daß überall die Gewerkschaftskartelle Lehr- und Fortbildungskommissionen bilden.

4. Der bisherige Hauptvorstand hat weiterhin für die Verbindung mit den Agitationskomitees für die Herausgabe der „Jungen Garde“ zu sorgen. Der bisherige Hauptvorstand nimmt den Platz des Zentralkomitees für die Jugendorganisation ein.

Das Zentralkomitee hat das Recht, nach freiem Ermessen die „Junge Garde“ und Gelbmittel des Verbandes an den Vorstand der Partei Deutschlands abzugeben.

Der Schlußwort führte Gen. Frank aus, daß wir im Sinne der Resolution arbeiten, bis wir eine große Deutsche Jugendorganisation haben. Wenn wir das nächste Mal zusammen kommen, dann senden wir an die reaktionäre Mehrheit, die das Reichsvereinsgesetz gegen die jugendlichen Arbeiter angenommen hat, den Dank, für die eifrige Mitwirkung und Förderung der proletarischen Jugendbewegung.

Das dreifache Echo auf die Internationale Jugendbewegung der Arbeiterklasse bildeten den Schluß des Verbandstages. Um 1/6 Uhr wurde der Verbandstag geschlossen.

Deutscher Reichstag.

(150. Sitzung.)

* Berlin, 5. Mai.

Der Abg. Schwabach hat sein Mandat niedergelegt. Das internationale Abkommen über das Verbot der Nacht- und gewerblichen Arbeiterinnen sowie über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern, wird in zweiter Beratung genehmigt. In dritter Beratung die Vereinbarung mit der Schweiz über die Regelung der Grenze bei Leopoldshöhe. — Es folgt die Beratung von drei am 17. Juli 1905 in Haag unterzeichneten Abkommen über das internationale Privatrecht: a) über gerichtliche Bestimmungen, b) über Entmündigung, c) über den Zivilprozeß. Staatssekretär v. Schön empfiehlt die Gutheißung der Abkommen in längerer Ausfertigung. Es würden durch sie nur die weichen Schiffsbefugnisse von ihren Vätern vertrieben. Abg. Göttsch (freif. Sp.) tritt mit großer Wärme für die unveränderte Regierungsvorlage ein. Abg. Schwabach (lib. Sp.) empfiehlt gleichfalls die Regierungsvorlage.

Abg. Risch (Zentr.) tritt dem Wunsche nach immer weiterem internationalen Ausbau des Privatrechts bei, in Sonderheit auch hinsichtlich des Wechselrechtes.

Die Abgg. Junk (natl.) und Dove (fr. Sp.) heißen die Abkommen ebenfalls willkommen. Zu bedauern sei übrigens, daß die Abkommen dem Hause so spät vorgelegt seien.

Abg. v. Dierßen (Rp.) schließt sich dem Wunsche hinsichtlich des Wechselrechtes an.

Geheimrat Franzius motiviert die Verzögerung, über die der Abgeordnete Dove geklagt hat. Die Annahme der Abkommen erfolgt einstimmig.

Es folgt die zweite Beratung der Postdampfer-Subventions-Vorlage. — Die Kommission beantragt unveränderte Genehmigung der geforderten halben Million. Ein Antrag von Liebermann-Lattmann-Bogt (Holl.) (w. Sp.) will nur 230 000 Mk. bewilligen und die Verbindung von Neu-Guinea nach Japan aufheben lassen. Ein Antrag Albrecht und Gen. (Resolution) verlangt für die subventionierten Postdampfer Festsetzungen über eine Bemannungsstala, ferner vertragliche Verpflichtung des Lloyd, für die Ausreise der Dampfer so viel weiche Schiffsleute auszumustern, als zu einer ausreichenden Besatzung erforderlich sind.

Abg. Graf Kanig (konf.) hält die große Verschuldung des Reiches für eine schwere Kalamität. Der Lloyd brauche nur seinen Kurs auf den transatlantischen Dampfern einzuschränken, dann könne er sehr gut ohne Subvention auskommen. Deshalb stimme er, Redner, gegen die Vorlage. Um aber seinen guten Willen zu zeigen, werde er für den Antrag Lattmann stimmen.

Abg. Hermann (fr. Sp.) empfiehlt unveränderte Annahme der Vorlage. Der Antrag Lattmann sei ja insofern zu begrüßen, als in demselben der absolut ablehnende Standpunkt verlassen werde. Redner verteidigt dann nochmals den Lloyd gegen Angriffe bei der ersten Besung.

Abg. Koste (Soz.):

Aus der Rede des Abg. Hermann könnte man schließen, daß er nicht als Vertreter des ganzen deutschen Volkes hier eingezogen ist, sondern als der Vertreter des in Bremen ansässigen Norddeutschen Lloyd. (Lebhafte Widerspruch bei den Freisinnigen.) Ein Interesse an der Bewilligung der Subvention haben nur ganz wenige Großkapitalisten. Der Lloyd beklagt sich auch darüber, daß sein ostasiatisches Geschäft schlecht gehe. Nur die Verbindung mit Neu-Guinea rentiert sich nicht. Der Handel mit Neu-Guinea beträgt in Ein- und Ausfuhr zusammen zirka 800 000 Mk.; der Staatssekretär des Reichskolonialamtes hat ihn allerdings größer angegeben, meine Angaben beruhen aber auf Zahlen des Statistischen Amtes. Wessen Zahlen richtig sind, ist absolut noch nicht aufgeklärt. Die Forderung läuft einfach darauf hinaus, auf einem anderen Wege wie bei den übrigen Kolonien Neu-Guinea eine Geldzuwendung zu machen. Der Staatssekretär des Kolonialamtes hat damit seine Grundsätze, die er in Bezug auf die Kolonialbohlen aufgestellt hat, verleugnet. Wenn man bei den übrigen Kolonien Wert darauf legt, daß bei Verkehrsverbindungen die Rentabilität gesichert sein müsse, so ist nicht einzusehen, weshalb man bei Neu-Guinea vollständig davon absehen soll. Die auf Neu-Guinea erwerbssfähigen Gesellschaften haben in den letzten Jahren erhebliche Dividenden verteilen können; es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb das Reich jährlich eine halbe Million aufwenden soll, um diesen Gesellschaften billige Arbeiter und für diese Arbeiter billige Lebensmittel zu beschaffen. Wir werden deshalb die Vorlage und den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung ablehnen. Redner befragt dann die Resolution seiner Partei, die das Recht der deutschen Arbeiterschaft wahrnehmen soll. Die Einstellung farbiger Mannschaften auf den Schiffen läßt sich nicht damit rechtfertigen, daß sie im Interesse der Gesundheit der weißen Seeleute erfolge, denn in früheren Jahren, wo mehr Weiße eingestell wurden als neuerdings, war doch scheinbar die Tätigkeit der Weißen nicht gesundheitsschädlich. Das Interesse für die weißen Seeleute bei den Reedern ist übrigens schon aus dem Grunde nicht so stark, weil sie zahlreiche deutsche Seeleute in den heimischen Häfen beschäftigungslos sich herumtreiben lassen. Die Reederei wollen farbige Leute nur einstellen, um geringere Löhne zahlen und daneben auch die Organisation der Seeleute schädigen zu können. Bei Veratung des Vertrages vom Jahre 1898 ist zum Artikel 26 des Vertrages eine agrarische Resolution angenommen worden, in der die Regierung ersucht wird, mit dem Lloyd eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Reichstag die Befugnis erhält, landwirtschaftliche Produkte, die mit heimischen Produkten konkurrieren, von der Einfuhr durch das Reich subventionierte Dampfer nach deutschen und holländischen Häfen auszuführen. Die Regierung hat dieser Resolution denn auch Rechnung getragen, wie sie es stets gegenüber agrarischen Wünschen zu tun pflegt.

Staatssekretär Dernburg weist die Behauptung des Redners zurück, daß die Vorlage nur dem Großkapital diene und daß dieses auch ohne solche Linien sich bereits hinreichend rentiere. Ebenso wie die Angaben über die Prosperität in Neu-Guinea unrichtig seien, ebenso unzutreffend seien die Angaben des Redners über die Bedeutungslosigkeit des deutschen Handels in und mit Neu-Guinea. Der Lloyd sei zum Betrieb der Linie, um die es sich hier handelt, nicht verpflichtet. Die Regierung wolle, daß die deutsche Flagge den Halt und das Ansehen, das sie auf dieser Inselwelt habe, nicht verliere wegen ein paar Hunderttausend Mark.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (w. Sp.) befürwortet den von ihm und Lattmann gestellten Antrag. An dem sozialistischen Antrage sei seinen Freunden nur der erste Teil annehmbar, denn auch sie glauben, daß bei dem Bemannungssystem des Lloyd allerlei Mißstände sich gezeigt hätten. Dagegen lehnten sie den Punkt b) des Antrages ab, der die gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte gerichteten Bestimmungen des Vertrages mit dem Lloyd aufgehoben wissen wolle.

Abg. Erzberger (Zentr.) erklärt namens seiner Freunde, daß sie den Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung ablehnen würden.

Abg. Mollenhuth (Soz.)

weist es als eine Uebertreibung zurück, wenn der Staatssekretär behauptet, nach Ablehnung der Vorlage werde die deutsche Flagge in jenen Gewässern verschwinden. Die deutsche Flagge ist dort vor Einführung der Subvention vertreten gewesen und sie wird es auch in Zukunft bleiben. Redner wendet sich sodann in längerer Ausführungen gegen die Beschäftigung von Farbigen, die nur die weichen Schiffsbefugnisse von ihren Vätern vertrieben.

Abg. Göttsch (freif. Sp.) tritt mit großer Wärme für die unveränderte Regierungsvorlage ein.

Abg. Schwabach (lib. Sp.) empfiehlt gleichfalls die Regierungsvorlage.

Staatssekretär Bethmann-Hollweg erklärt, falls der Reichstag doch den Antrag Lattmann annehmen würde, werde die Regierung dazu Stellung nehmen. Wie diese Stellungnahme sein werde, darüber könne er noch nichts sagen.

Abg. Hermann (freif. Sp.) bittet um Annahme der Regierungsvorlage.

Damit schließt die Debatte. Die in der Vorlage angeforderte Summe wird gegen Nationalliberale, Freisinnige und den größeren Teil der Konservativen abgelehnt und sodann der Antrag Lattmann, für den sich auch die übrigen Konservativen, wirtschaftliche Vereinigung und das Zentrum erheben, angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragssetats für die Kolonialbahnen. Die Kommission beantragt deren Genehmigung mit der Maßgabe, daß die Deckung durch Kolonialanleihen zu Lasten der betreffenden Schutzgebiete aufgebracht werden soll.

Abg. Ledebour (Soz.)

wendet sich gegen die ganze Vorlage. Wirtschaftlich hätte die Bahn in den Kolonien gar keine Bedeutung und die Befahrung von Aufhängen würde durch die Bahn eher vermehrt als vermindert. Wie kann man auch den Versicherungen der Regierung glauben, wenn sie ihre Bahnprojekte fortgesetzt ändert. Als der Zylinder des Herrn Spahn das maßgebende Instrument der Kolonialpolitik war, hatte die Linie von Labora eine andere Richtung als heute. Durch die Bahnbauten werden wieder neue Schulden gemacht werden und wir haben ein menschliches Mitgefühl mit dem Staatssekretär. (Heiterkeit.) Er erklärte jetzt bereits, daß ihm über die Schulden ein Schreden in die Glieder gefahren sei. Wir wollen ihn vor einem neuen Schreden bewahren. (Heiterkeit.) Ich glaube ja nicht, daß Sie sich durch mich durch irgendwelche Argumente von der Zustimmung zu der Vorlage werden abhalten lassen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Vorlage wird glatt angenommen werden und die deutschen Steuerzahler werden den Schaden haben. Die Mehrheitsparteien hüllen sich in Schweigen. Keiner verteidigt die Regierungsvorlage und Sie scheinen es hier wie beim Vereinsgesetz machen zu wollen. Gegen diese Art Geschäftsführung muß ich im Namen meiner Fraktion Verwahrung einlegen. Das ist geradezu standlos, wie es die Mehrheitsparteien hier treiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ohne jede weitere Debatte wird der Nachtragssetat genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtragssetats über die Ostmarken-Zulagen.

Abg. Bachnide (freif. Sp.) befürwortet einen Antrag der linksliberalen Gemeinschaft (Antrag Wlach), die angeforderte Summe um 210 000 Mk. zu kürzen, und zwar aus dem Grunde, weil es zwar richtig sein möge, die Beamten der Militärverwaltung mit denen der Zivilverwaltung gleichzustellen, aber kein Anlaß vorliege, auch den Unteroffizieren diese Zulagen zuzuwenden. An den Staatssekretär richtet Redner noch die ausdrückliche Frage, ob derselbe bereit sei, wenn für das oder die nächsten Jahre der jetzt nur für das Jahr 1908 zu fassende Beschluß der Gewährung von widerruflichen Zulagen wiederholt werde, nach demselben Grundsatz zu verfahren, wie jetzt pro 1908.

General Sigt von Arnim bittet, die Zulage auch den älteren Unteroffizieren zu gewähren.

Reichsstaatssekretär Sydow erklärt, daß er die Frage des Abg. Bachnide bejahen könne.

Abg. Gröber (Zentr.) hält an der Auffassung fest, daß die Zulagen einen politisch-tendenziösen Hintergrund hätten.

Staatssekretär Sydow bleibt dabei, daß der Nachtragssetat seinen politischen Zweck verfolge. (Gelächter und Oho-Rufe in der Mitte.)

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Brejski (Soz.) gegen die Zulagen erklärt

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (w. Sp.), diese Verquickung der Unteroffiziere mit den Ostmarkenzulagen hielt auch seine Freunde nicht für richtig. Sie würden also für den Antrag Wlach stimmen.

In der weiteren Debatte erinnert Abg. Ledebour (Soz.) die Freisinnigen nochmals an den Fall Schellenberg-Wiesbaden, um die Angabe zu widerlegen, daß Postbeamte keine politischen Beamten seien.

Hierauf wird zunächst abgestimmt über die Regierungsvorlage und zwar in namentlicher Abstimmung. Dieselbe wird abgelehnt mit 286 gegen 17 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Dann wird namentlich abgestimmt über den Antrag Wlach (Bewilligung der Ostmarkenzulagen, aber unter Wegfall von 210 000 Mark für Unteroffiziere). Die Annahme erfolgt mit 167 gegen 137 Stimmen. Diese beiden Abstimmungen bezogen sich auf die Forderungen zum Militär-Etat. In einer dritten Abstimmung werden dann die Zulagen auch für die Postbeamten bewilligt mit 156 gegen 148 bei einer Enthaltung. — Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung (Abschwächung) des Tierhalterhaftungs-Paragrafen 833 des B. G. B. Die Kommission beantragt unveränderte Genehmigung.

Abg. Häbel (Rp.) empfiehlt eine Bestimmung: Die Dienen gelten als Haustiere.

Abg. Sarenhorst (Rp.) tritt für diesen Antrag ein.

Staatssekretär Nieberding bittet um Ablehnung.

Abg. Steindl (Zentr.) erklärt als Dienenvirt, er halte diese Abänderung für falsch und werde gegen den Vorschlag stimmen.

Nachdem auch Abg. Stadthagen die Vorlage bekämpft, schließt die Debatte.

Der Antrag Häbel wird mit großer Mehrheit abgelehnt, der Gesetzentwurf sodann unverändert angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Entwurf betr. Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuches, Gehaltsansprüche der Handlungsgehilfen bei unentschuldigter Behinderung, namentlich bei Krankheit. Die Kommission hat beschlossen, daß der Gehilfe nicht verpflichtet sei, sich das Krankengeld abrechnen zu lassen.

Staatssekretär Nieberding erklärt, die verbündeten Regierungen würden nicht in der Lage sein, dem Geset in der Kommissionsfassung zuzustimmen. — Trotzdem wird nahezu einstimmig das Geset in der Kommissionsfassung angenommen.

Morgen 11 Uhr: Wahlprüfungen, Petitionsberichte, Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Grünwinkel, 3. Mai. Den Parteigenossen und Volksgenossen diene zur Kenntnis, daß in der Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins am 9. Mai ein Vortrag über den ersten Teil des Erfurter Programms gehalten wird.

Die Matseier.

Durlach, 4. Mai. Unsere am 2. Mai stattgefundene Matseier war gut besucht, etwa 80 Personen waren anwesend. Genosse Ubele aus Karlsruhe sprach über die Bedeutung des 1. Mai. Er entlegte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. Der Arbeitergesangverein „Freundschaft“ brachte einige Lieder zum Vortrag und die hiesige Musikkapelle intonierte ihre schönen Weisen. Allen Mitwirkenden an dieser Stelle freundlichen Dank.

Badische Chronik.

Durlach.

5. Mai.

Die Sprechstunde des Arbeitersekretärs fällt heute Abend aus; sie wird abgehalten am nächsten Samstag von 6-8 Uhr.

Die am 2. Mai stattgehabte Sitzung des Bürgerausschusses wurde durch den Vorsitzenden Bürgermeister Reichardt um 8 Uhr eröffnet mit einer Tagesordnung von 23 Punkten. Die Präsenzliste wies eine Teilnehmerzahl von 60 von 96 Mitgliedern auf. Punkte 1-5 behandelten die Herstellung von Ortsstraßen in der Oststadt. Der Herr Bürgermeister erläuterte die einzelnen Positionen, woraus zu entnehmen ist, daß die Blumen-, Gröhinger- und Ettlingerstraße alsbald, die Berg- und Sebelstraße erst später hergestellt werden sollen. Verschiedenen Rednern sind die Kosten für Geländeerwerb und Baumpflanzung zu hoch. Nachdem hierin Aufklärung erteilt wurde, wurden die Punkte 1-5 in namentlicher Abstimmung einstimmig genehmigt. Punkte 6-8 behandelten die Herstellung der Gas- und Wasserleitung in den neuen Straßen, sowie Legung der Straßenkanäle. Nach kurzer Beläuterung durch den Vorsitzenden wurden auch diese Vorlagen genehmigt. Punkt 9 behandelte den Bezug der Anstößer zu den Kanalkosten für die Straßen der Oststadt, wo der Kanal bereits gelegt ist. Der Normalfuß von 15 Mk. pro laufenden Meter wird einstimmig gutgeheißen. Punkte 10-13 betrafen den Bezug der Anstößer zu den Straßenherstellungskosten der Blumen-, Gröhinger-, Ettlinger- und oberen Ritterstraße. Nach Vespredung einer Einsprache eines Anstößers an der Ritterstraße durch Gen. Boscher und der Aufklärung durch Herrn Stadtbauinspektor Haug wurden auch diese Vorlagen in namentlicher Abstimmung einstimmig genehmigt.

Die Vorlagen 14 und 15 behandeln die Gewerbe- und Handelsschule und Änderungen der Satzungen. Als bemerkenswert ist zu verzeichnen, daß in dem Gewerbebeschlusse eine Frau erstmals vorgesehen ist und wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch laut, auch alsbald im Volksschulrat Frauen zuzulassen, was vom Vorsitzenden zugesichert wurde.

Punkt 16: Arbeiter- und Beamtenstatut, war zweifellos das wichtigste der ganzen Beratung und müssen wir uns damit etwas eingehender befassen. Diese Vorlage beschlößte den Bürgerausschuß schon einmal, wurde aber damals an eine Kommission zurückverwiesen, und mit Recht. Die Kommission hat auch mit Zustimmung des Herrn Bürgermeisters verschiedene Fortschritte erzielt, die aber in der Hauptsache der Gemeinderat wieder abgelehnt hat. Mit Recht wurde dem Bürgermeister von unserem Genossen Weber sein Anfall im Gemeinderat vorgehalten, woegen er zwar eine Rechtfertigung wagte, die aber eher alles als geklärt bezeichnet werden muß. Wenn auch von unserer Seite anerkannt werden muß, daß die Statuten einen wesentlichen Fortschritt bedeuten, so muß doch gesagt werden, daß von der bürgerlichen Mehrheit, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, gegen alle Verbesserungen von unserer Seite gestimmt wurde; mögen daraus die Arbeiter ersehen, was sie von jener Seite zu erwarten haben: schöne Worte und „Wohlmollen“, aber bei praktischer Arbeit für die Arbeiterinteressen versagen sie.

Aber auch unsere Fraktionskollegen, die gestern fehlten, trifft der Vorwurf der Nachlässigkeit; sie hätten es in der Hand gehabt, manches in der Abstimmung anders zu gestalten, als es gekommen ist. Nun zur Beratung selbst: Es wurden nur die Absätze beraten, die von der Kommission angenommen, aber vom Gemeinderat abgelehnt worden sind. Die Absätze 9 und 35 zum Beamtenstatut wurden auch vom Bürgerausschuß mit 22 gegen 28 Stimmen abgelehnt; hier hätten also 4 Stimmen genügt zur Annahme. Absatz 3 des Arbeiterstatuts handelt von der Altersgrenze, die maßgebend sein soll, um noch Aufnahme ins Rentenverhältnis zu finden. Von unserer Seite wurde verlangt, dieselbe von 35 auf 40 Jahre zu erhöhen. Die Genossen Herz und Rehe vertrat unseren Standpunkt mit schlagenden Beweisen, alles umsonst. Ablehnung mit 28 gegen 27 Stimmen; 6 Stimmen hätten auch hier wieder genügt. Absatz 18 handelt vom Urlaub. Statt „können erhalten“ wurde von uns verlangt, zu sein „erhalten“, statt nach 5 Jahren 3 Tage, 4 Arbeitstage, statt nach 10 Jahren 1 Woche, 8 Arbeitstage. Die Genossen Kollwagen, Rehe und Weber blieben auf unserer Fassung stehen, mit Material aus anderen Städten wurde dies gut begründet, alles umsonst. Es erfolgte Ablehnung mit 31 gegen 24 Stimmen; 7 Stimmen Differenz. Absatz 22 erhielt folgenden Zusatz unsererseits: „Bei Lohnverminderung infolge geringerer Arbeitsfähigkeit ist der während der letzten 10 Jahre in einem Jahr bezogene höchste Lohnsatz der Berechnung zugrunde zu legen, vorausgesetzt, daß dieser den Durchschnittsbetrag bei normaler Arbeitsleistung während der letzten 10 Jahre nicht übersteigt.“ Dieser Antrag wurde auch vom Bürgermeister befürwortet, und siehe da, die Folge, einstimmige Annahme. Absatz 39 soll heißen: „Kein städtischer Arbeiter darf deshalb, weil er einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehört, in irgend einer Weise benachteiligt werden.“

Der Bürgermeister erklärte, daß bis heute noch niemals ein Arbeiter wegen seiner Gesinnung geächtet worden sei und habe es deshalb der Gemeinderat als eine Ehrensache angesehen, daß ein solcher Antrag nicht ins Statut komme, es sei eine Beleidigung des Gemeinderats. Weber und Herz erklärten dies als Verium, es sei nicht beabsichtigt, den Gemeinderat zu beleidigen. Weber sagt, es soll dieser Zusatz nur festlegen, was vom Gemeinderat als selbstverständlich und Ehrensache erklärt worden sei, weiter nichts. Es sprachen noch verschiedene Redner dafür und dagegen; Resultat: Ablehnung mit 40 gegen 20 Stimmen. Es wurden noch angeregt die acht tägige Lohnzahlung

von Gen. Kaufmann, die Ueberstunden von Gen. Kollwagen. Hierauf erklärte Kollwagen, daß wir für die Statuten stimmen, wenn auch schweren Herzens, wir betrachten sie als Grundlage, auf der man weiter bauen kann und unsere Aufgabe sei es, dies stets zu tun. Hierauf folgte einstimmige Annahme.

Bei der Vorlage 18: „Erbauung einer zweiten Kleinkinderschule an der Querstraße mit einem Aufwand von 50 500 Mark“ verspricht Gen. Rehe die Zustimmung unserer Fraktion. Die bürgerlichen Redner sprachen zum Teil dagegen, andere halten den Preis zu hoch. Stadtpfarrer Specht trat warm für die Vorlage ein, ebenso der Bürgermeister. Es erfolgte Annahme gegen 1 Stimme. Die Vorlagen 19-22 betrafen Geländeerwerbungen und anderes, was ohne öffentlichen Interesse ist und wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Vorlage 22, den Volksgarten betreffend, beschlößte den Bürgerausschuß schon einmal. Der Gemeinderat wurde damals beauftragt, zu versuchen, den Garten ganz zu kaufen. Doch sind die Bedingungen derart, daß der Gemeinderat nicht darauf einging und die alte Vorlage wurde deshalb wieder vorgelegt und auch einstimmig angenommen. Hierauf Schluß der Sitzung nach 4 1/2 stündiger Tagung.

Rastatt.

5. Mai.

Am Montag wurde die Kassiererin des Warenhauses Knopf wegen Unterschlagung verhaftet. Es soll sich um eine ziemlich bedeutende Summe handeln.

Offenburg.

5. Mai.

Mit der Gründung eines Arbeiter-Gesangvereins befaßte sich eine zahlreich besuchte Versammlung, die am Samstag Abend in der „Neuen Pfalz“ stattfand. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Schönon aus Freiburg, dem sich eine lebhafte Diskussion angeschlossen, liegen sich fast alle Anwesenden in die gestulterende Liste aufnehmen. Bis jetzt sind ca. 40 Sänger und 20 passive Mitglieder angemeldet. Es ergeht deshalb an alle in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Genossen und Kollegen die Aufforderung, sich unerbittlich dem neuen Verein anzuschließen, der seine Kraft in den Dienst der Partei und Gemeinwohl stellen wird.

Am Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr findet in der „Neuen Pfalz“ die erste Gesangsprobe und am Freitag Abend im gleichen Lokale die konstituierende Versammlung statt. Genossen! Werbt unermüdet Mitglieder für den neuen Verein!

Freiburg.

5. Mai.

Arbeiter-Unterrichtskurse. Als vor zwei Jahren zum erstenmal die Studenten mit Unterrichtskursen für die Arbeiter begannen, tauchten hier und da Zweifel auf, ob damit etwas Lebensfähiges geschaffen würde. Heute weiß man, daß sich die Sache bewährt; im letzten Semester hat sich eine große Zahl von Arbeitern in den Unterrichtskursen zusammengedrängt.

Morgen Donnerstag Abend beginnen die Kurse für das Sommersemester. Es findet jeweils am Dienstag ein Kurs für Geometrie und ein Ober- und Unterkurs für Rechnen statt. Am Donnerstag findet jeweils ein Ober- und Unterkurs in Deutsch und ein Schreibkurs statt. Sofern sich aus der Anzahl der Schüler das Bedürfnis ergibt, werden noch mehr Kurse auch über andere Fächer eingelegt. Wir richten an alle Arbeiter, welche bestrebt sind, ihre mangelhafte Elementarbildung zu ergänzen, das Ersuchen, an den Kursen teilzunehmen. Wer sich beteiligen will, der muß sich morgen Abend in die Gewerbe- und Handlungsschule begeben.

Die Schmiedemeister von Freiburg haben sich am letzten Sonntag, ihrer 40 an der Zahl, versammelt und haben beschloffen, für den Amtsbezirk Freiburg, bei dem Bezirksamt die Errichtung einer Zwangsinnung zu beantragen.

Ueber den „Fall Köffel“. Wie man hört, sollen die festgesetzten Unterschlagungen 85-86 000 Mark nicht überschreiten. Die Forderungen der Einträge und die Art der Unterschlagungen sind mit großem Raffinement ausgeführt worden, wobei es Herrn Köffel zugute kam, daß er sich in Vorbereitungsdienszeiten längere Zeit im städtischen Revisionsamt beschäftigte und daß er — der Regel zuwider! — zwei Aemter übertragen erhielt, das eines Kassierers und eines Buchhalters. Es mußte an maßgebender Stelle bekannt sein, daß Köffel mit Schulden überlastet war, als ihm das Amt eines Kassierers übertragen wurde. Köffel, der als Gehalt 3170 Mark nebst 100 Mark Reisezulage bezog, lebte auf großem Fuße, er war z. B. an mehreren Jagden beteiligt, wofür er mehr als 1000 Mark Jagdpacht jährlich zu zahlen hatte, und konnte mit seinem Einkommen unmöglich einen solchen Aufwand bestreiten. Das war ziemlich allgemein bekannt und da wäre es gewiß angezeigt gewesen, daß die Revision ihm schärfer als jedem anderen Kassierern auf die Finger gesehen hätte. Wie es heißt, ist die gestellte Kaution im Verhältnis zu der unterschlagenen Summe ziemlich gering. Köffel war aber zu einem Betrage von 40 000 Mark — wenn wir recht unterrichtet sind — in einer Lebensversicherung. Außerdem soll er für einen ziemlich hohen Betrag gegen Unfall versichert sein. Ob diese Beträge von den beteiligten Versicherungen glatt ausbezahlt werden und ob die Stadtverwaltung an diesen Beträgen Deduktion nehmen kann, wird noch abzuwarten sein. Die Leiche Köffels liegt vor der Ueberführung nach Karlsruhe, wo sie verbrannt wurde, hier noch festgesetzt worden und die Staatsanwaltschaft hat die Leiche zur Bestattung freigegeben.

Singen.

5. Mai.

Da unsere heutige Schrift längst nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, da man mit derselben nicht so schnell schreiben kann als man spricht, so versucht man überall die Stenographie, auf deutsch Kurzschrift, einzuführen. Dieselbe hat bisher gute Fortschritte zu verzeichnen, so daß man heute in stande ist, ebenso schnell zu schreiben, als man spricht. Da man nun beabsichtigt, auch in Arbeiterkreisen diese Kurzschrift einzuführen, ersuchen wir alle Interessenten, am Donnerstag Abend 8 Uhr in der „Germania“ zu erscheinen. Herr Richter aus Rastatt wird einen Vortrag halten über: Stenographie und Kurzschrift. Versäume niemanden, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

* W. Baden, 5. Mai. Gestern Vormittag hat sich hier ein von Freiburg zugereister Handelskäufer erschossen. Den zur Tat bewogenen Revolver kaufte er kurz zuvor in einem hiesigen Geschäfte.

* Bühl, 5. Mai. Durch ein aus Metz kommendes, von englischen Offizieren besetztes Automobil heute am Samstag Abend das Pferd des Landwirts Sprauer, der vom Felde nach Hause fuhr. Beim Abspringen vom Wagen kam Sprauer unter die Räder, wo ihm 8 Rippen eingebrückt wurden. An den schweren inneren Verletzungen ist er am Sonntag früh gestorben. Die Offiziere erklärten, für jeden Schaden aufzukommen, doch mußte das Automobil nach Bühl fahren und wurde der Chauffeur vorläufig in Haft genommen.

* Appenweier, 5. Mai. Vom Personenzug Straßburg-Appenweier wurde gestern ein 40jähriger Mann überfahren und auf der Stelle getötet. Der Unglückliche soll selbst den Tod gegangen sein.

* Oberkirch, 5. Mai. Die Kirchbäume stehen in voller Blüte und die Umgebung Oberkirchs ist nur ein Blumenmeer.

* Sunthausen (Amt Donaueschingen), 5. Mai. Gestern in der Nacht vom 5. auf 6. Mai, um 1 Uhr, brach in der Scheune des Posthalters Koffler Feuer aus, welches in kurzer Zeit so schnell weiterverbreitete, daß 16 Wäckerhäuser mit Stallungen und die Kirche total niederbrannten. Es herrschte sehr starker Sturm und wurden mehrere Feuerwehrlente verletzt. Ein Stüd Vieh verbrannte. Die meisten der Abgebrannten sollen verheiratet sein, ebenso verheiratet die Kirche über ein bedeutendes Vermögen. Man vermutet Brandstiftung.

* Schlüssee, 5. Mai. In Sachen des Eisenbahnprojektes Schlüssee-Schlüssee-St. Maffien fand dahier am Sonntag eine von 400 Personen besuchte Versammlung statt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche es begründet, daß die gestellte Bahn über Schlüssee-Seebrugg geführt werden soll. Die Finanzierung und die Landbahn werden erücht: 1. an dem in der Denkschrift vorgeschlagenen Projekt festzuhalten unter vollständiger Rücksichtnahme auf die Kurinteressenten von St. Maffien, 2. die erforderlichen M. 20 000 nur für die Vorarbeiten zu der Finanzierung Schlüssee-Seebrugg-St. Maffien zu verwenden.

* Vom Schwarzwald, 5. Mai. Eine so schnelle Annäherung des Sommers an den Winter wie in diesem Jahre ist selten zu beobachten gewesen. In wenigen Tagen ist von allen Höhen der Schnee geschwunden. Sonntag gab es wieder mehrere Gewitter. Besonders prächtige Bilder boten jetzt nach der raschen Schneeschmelze die Berggipfel.

* Vom Oberlande, 5. Mai. Auf der hohenzollernschen Höhe wurden im letzten Jahre nicht weniger als 888 Straftaten verurteilt.

* Weil (Amt Dörlich), 5. Mai. Ueber eine Morde, welche die Gemüter in große Aufregung versetzte, wird berichtet. Dem stellenlosen Baderbüchsen Otto Witterich aus Rastatt war im Hause des Gemeindevorwärters Müller ein Verbrechen gewährt worden. Er sah auch mit den Leuten zu Mittag, die die Frau in den Abort begab, folgte ihr der Unfalsch und überlebte die Tat. Kurze Zeit hierauf wollte auch Herr Müller auftreten. Der Mörder hielt die Tür zu, weshalb ersterer Gewalt brauchte. Es gelang ihm, zu entweichen; er wurde aber eingesperrt und festgenommen. Die Leiche der Frau zeigte Strangulationsmerkmale am Halse, die Fische waren mit Stricken umwickelt. Witterich, welcher geständig ist, wurde gefesselt und Amtsgefängnis nach Rastatt eingeliefert. Er wollte auch die Gemeindevorwärtin ermorden und dann die Kasse plündern.

* Konstanz, 5. Mai. Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Hausierers Ebner hat Revision beim Reichsgericht eingelegt.

* Seibelsberg, 4. Mai. Der verheiratete Spengler Schmitt von Wiesbaden, Vater von vier Kindern, unternahm gestern eine Radtour. Hierbei verlor er die Gemütskontrolle und wurde gegen einen Baum geschleudert. Der Radtrat infolge Schädelbruchs sofort ein.

* Mannheim, 5. Mai. Gestern Vormittag erschloß sich ein hiesiger Gasthaus ein 20 Jahre alter Student der Universität Paderborn infolge Herbenüberreizung.

Wegen Straßenraubs wurde ein 21 Jahre alter Kaufmann aus Ludwigsbafen verhaftet, der vergangene Nacht einer Verkäuferin das Handtäschchen entriß.

Kommunalpolitik.

Welschnureuth, 1. Mai. Zur bevorstehenden Bürgermeistereiwahl möchten wir den Wunsch äußern, daß die Wahlzeit so angelegt wird, daß auch die Arbeiter wählen können, ohne Zeit zu versäumen. Wir wissen, daß dieser Wunsch an maßgebender Stelle und den in der hiesigen Kreisen auf Widerpruch stoßen wird. Allein in jedem Falle weitens größte Teil der hiesigen Wähler, die tagsüber in den Fabriken arbeiten, haben gewiß auch ein Recht darauf, daß sie in hiesigen Gemeindevorständen, das sie haben, nicht mit einem hohen Tagelohn bezahlen müssen. Man könnte fast zur Ansicht kommen, es wäre beabsichtigt, die Nichtbesitzenden möglichst von der Wahl auszuschließen.

Dann noch etwas. Wir haben hier schon einige Arbeiter-Strahlenlaternen, doch hätte die Einwohnerzahl den Wunsch, daß dieselben bei stockfinsterner Nacht auch brennen, da bekanntlich Laternen, die nicht brennen, nicht viel nützen. Die Einwohnerzahl erwartet die Erfüllung beider Wünsche.

Mörsch, 1. Mai. Am Mittwoch, 29. April, abends 8 Uhr fand hier eine Bürgerausschußsitzung statt. Auf der Tagesordnung stand nur ein Punkt und zwar Verknüpfung der Gemeinderenennung für das Jahr 1907. Nach dem Gemeinderat die einzelnen Positionen verlesen hat, sprach Gen. Dea an, um wie viel sich die Futtermittel für den letzten gegen das Vorjahr verteuert haben und erklärte der Bürgermeister, er könne es jetzt nicht genau sagen, aber ungefähr 500 Mark betrage der Mehraufwand schon. Gen. Dea hätte gewünscht, daß zu dem Brunnen im Hardwald ein Brunnenentwurf erstellt worden wäre. Nach Gemeinderat die einzelnen Punkte fragte Gen. Dea, ob es dem Gemeinderat bekannt sei, daß ein Grundstück an der Forchheimer Straße zu Baugelände bestimmt sei und von der Gemeinde angekauft werden sollte, an einem gewissen A. N. verkauft worden. Der Bürgermeister bejahte dies und erklärte, daß die Gemeinde nur die Straße kaufe, sie habe kein Interesse daran, das Grundstück zu kaufen, das sich für die Gemeinde doch nicht rentieren würde.

Die Eulenburg-Affäre

zieht immer weitere Kreise und immer enger schließt sich die Öffentlichkeit geforscht, von der Nieder im Münchener Prozeß erzählt hat, daß Eulenburg in seiner Wohnung in München ihn, Nibel, mit einem feinen Ferner, der älter war, nach Eulenburg, zu unfittlichen Zwecken zusammengeführt hätte.

... vier ... dem ... es bef ...

Die Haupt ... Starnberg ... mit einer ... Richter ... dann die ... Eulenburg ...

Großes ... Starnberg ... Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

Die ... Richter ...

... vier von den damaligen Freunden Eulenburgs in Berlin ... den höchsten Ständen angehörig, zu erziehen, von ... es bekannt ist, daß sie in homosexuellen Kreisen ver ...

Die Hauptbelastungszeugen, die Fischer Riedel und Ernst ... werden in nächster Woche in Berlin eintreffen ... mit einer Gerichtskommission unter Leitung des Unter ... richters Schmidt nach Schloß Liebenberg fahren. Hier ... dann die zweite verantwortliche Vernehmung des Fürsten ... stattfinden.

Größtes Aufsehen erregt die Dienstag Vormittag 11 Uhr ... Liebenberg erfolgte Vernehmung des Fürsten Eulen ... Die Gerichtskommission unter Führung des Untersuch ... richters Landgerichtsdirektors Schmidt erschien gestern ganz ... im Schloß Liebenberg. Bald darauf kam auch der ... des Fürsten, Dr. Heinrich aus Liebenwalde. Der ... Mann, früherer Tischler Hermann Borchert aus Kollen ... welcher früher im Schloß des Fürsten Eulenburg häufig ... Tischlerarbeiten beschäftigt war, wurde von der Gerichts ... mission eingehend vernommen. Schloß Liebenberg wird ... nach wie vor von der Kriminalpolizei scharf bewacht.

Eine Privatbeleidigungsklage

Herr Blechnermeister Jos. Götz in Neustadt im Schwarz ... gegen den Gen. Kadel als verantwortlichen Redakteur ... „Volkstreu“ angeklagt, da derselbe, wie es in der Zu ...

... verdächtig erscheint, daß er in fortgesetzter Lat in ... auf einen Anderen Tatsachen behauptet hat, welche ... verächtlich zu machen und in der öffentlichen Mei ... herabzumwürdigend geeignet sind, ohne erweislich wahr ... sein und ihn zugleich beleidigt hat.

Die „fortgesetzte Lat“, deren sich Gen. Kadel „in Beziehung ... einen Anderen“ schuldig gemacht hat, bestand darin, daß ... „Volkstreu“ in seiner Nummer 38 vom 14. Februar d. J. ... Mitteilung veröffentlichte, nach welcher Herr Blechnermeister ... dem Gehilfen E. Schler, als sich derselbe während der ... pause mit einem Kollegen über politische und gewerkschaft ... Organisation unterhielt, gesagt hat, E. solle lieber einige ... beten, das wäre besser, er würde schon sehen, ... mit solchen Sachen läme. Herr Götz entließ darauf ... aus der Arbeit und beschleunigte ihm im Arbeitsbuch, daß ... „gesund entlassen“ habe. Daraufhin schickte uns Herr ... eine Verächtigung durch seinen Anwalt Herrn Eberle, in ... der ganze Vorgang bestritten, hauptsächlich wurde in der ... betont, daß Herr Götz dem E. überhaupt kein Zeugnis aus ... hätte, trotzdem das Originalzeugnis unseren Gemäh ... vorgelegen hat und wir eine Abschrift davon in Händen ...

Daraufhin haben wir uns nach nochmals eingezogener ... in einem neuen Artikel in Nummer 48 vom 26. ... gegen diese Art „Verächtigungen“ gewandt und darin ... die Beleidigung und Blechnermeisterherabwürdigung ...

Im Termin, der am nächsten Freitag, 8. Mai, nachmittags ... 8 Uhr vor dem Schöffengericht in Neustadt stattfindet, ... durch Zeugen den Wahrheitsbeweis für uns von ... behauptete erbringen.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 6. Mai.

Die verrückte Städteordnung.

Die Rolle, die am Montag Abend treffend benannte, ... verurteilt, daß der Antrag der sozialdemokratischen ... auf Aufhebung des Schulgeldes für ... Gewerbeschule in der vorgestrigen Bürgeraus ... nicht zur Abstimmung gebracht werden ...

Es war bei eventl. Abstimmung wahrscheinlich, ... angenommen worden wäre. Aber die Städteord ... beweist einen solchen Antrag erst wieder an den ... zurück und dieser kann ihn — begraben oder, ... eine diesbezügliche Vorlage wieder dem Bürger ... unterbreitet, gutheißen.

In jedem Falle ist durch solche und ähnliche Bestim ... die Rechlosigkeit des Bürgerz sogar in seinem ... Parlament, klassisch dargelegt. Dies muß aller ... insbesondere die Wähler der 3. Klasse anspornen, ... Männer in den Bürgerausschuß zu wählen, die zugleich ... einer Reform der Städteordnung sind, ... Gelegenheit gegeben bei dem Ende dieses Monats ... Städteterritorien wählen.

Das Sängerkartell und der Stadtrat.

... auf die Verächtigung des Bürgermei ... nach habe ich folgendes zu erwidern:

Herr Bürgermeister Höhnbach versucht in einer Berichti ... in Nr. 103 des „Volkstreu“ die Angelegenheit des ... Kartells betreffs Ueberlassung städt. Schullokale zu ... so hinzustellen, als ob über diese Sache von ... Stadtrats noch kein endgiltiger Beschluß gefaßt sei ...

... aber nun die Dinge in Wirklichkeit? Am 10. April ... ich zu einer mündlichen Unterredung zu Herrn Bürger ... Höhnbach geladen und dort erklärte mir Herr Höhn ... im Auftrag des Stadtrats, daß derselbe es mit seinem ... Gewissen nicht vereinbaren könne, an sozialdemokratische ... angereine städt. Lokale zu Ueberlassung abzugeben. Er ... Begründung dieses alle diese Punkte heran, welche in ... Artikel: Der Stadtrat als Förderer des Alkohols in ... des „Volkstreu“ wiedergegeben sind. Dies ist doch ... Abgabe, wie sie klarer und deutlicher nicht vorgebracht ... konnte.

... dann noch eins. Was bezog den Herrn Bürgermei ... Höhnbach dazu, mich, ehe er mir obige Mitteilung ... aufzufordern, unser Gesuch zu rückzugeben? ...

... nur der Grund, weil er von der Aussicht, ... unseres Gesuchs selbst überzeugt war. Gegen die ...

... Niederbücher täuschen, legen wir auf das entschie ...

... ein. Die dem Sängerkartell angeschlos ...

... haben keine andere Niederbücher als die, ...

... Stadtrat zur Einsicht vorgelegen haben. Gütie ...

... die Vorlage unseres gesamten Notematerials ...

... ehe er uns seinen ablehnenden Standpunkt über ...

... wären wir dieser Aufforderung ohne weiteres ...

... kommen, denn wir brauchen uns dessen, was wir singen, ...

Der Stadtgarten als Lehrinstitut. Auf Ansuchen der Di ... rektion des Gymnasiums wird den Schülern dieser Anstalt der ... Klassenweise Besuch des Stadtgartens zu Unterrichtszwecken, ähn ... lich wie den Schülern der übrigen hiesigen Lehranstalten, vom ... Stadtrat gebührenfrei gestattet.

Der Kaiser und die Kaiserin treffen Montag Abend 6 Uhr ... 20 Min. hier ein und bleiben bis Mittwoch, den 13. d. M., hier.

Die Leihungscheine der im Jahre 1888 geborenen Militä ... rpflichtigen können in der Zeit vom Mittwoch den 6. Mai bis ... einschließlich Donnerstag den 14. Mai 1908 auf den Polizeist ... ationen abgeholt werden. Die nach dieser Zeit nicht abgeholt ... Leihungscheine werden den Militärlieferanten auf ihre Kosten ... durch die Post zugestellt werden.

Verlebene Bauernfänger. Am 2. ds., abends, wurde ... einem 25 Jahre alten Melker, der auf seiner Reise von Straß ... burg nach Stuttgart hier einen Absteher machte, von Bauern ... fängern durch folgenden Trick sein Portemonnaie mit 165 M. ... abgeschwindelt. Ein Unbekannter, etwa 45 Jahre alt, dessen ... Bekanntschaft der Gefährdete von Rehl hierher machte, und der ... ihm vorkam, hier seinen Herrn aufsuchen zu müssen, führte ihn, ... hier angekommen, in verschiedene Wirtschaften. In einer der ... selben sagte der Unbekannte, jetzt müsse er zu seinem Herrn und ... läme aber bald wieder zurück. Bald nach dem er fort war, kam ... ein zweiter Unbekannter, etwa 30 Jahre alt, der sich zu dem ... Melker setzte, sich mit ihm in ein Gespräch einließ und ihm erz ...ählte, er habe eine größere Erbschaft nach Stuttgart zu ver ... bringen. Als dann der erste Unbekannte — der in der Zwischen ... zeit den zweiten unterrichtet hatte — wieder zurückkam, wurde ... ein gemeinsamer Spaziergang gemacht. Auf dem Kaiserplatz ... angekommen, ließen sie sich auf einer Bank nieder und nun gab ... der jüngere, der angeblich die Erbschaft besaß, dem älteren ... Manne 50 Pf., um dafür Zigarren zu holen, der aber zur Sicher ...

heit, daß er mit den 50 Pf. nicht durchbrenne, sein Portemonnaie zum Pfand geben mußte. Als er mit den Zigarren zurückkam, erhielt er sein Portemonnaie wieder zurück. Dem Auftraggeber schmeckten anscheinend die Zigarren nicht, zerbrach sie und warf sie weg, und gab dem Melker ebenfalls 50 Pf., damit er eine bessere Sorte hole. Auch er mußte sein Portemonnaie in Pfand geben, was er anstandslos tat, da er ja die Sicherheitsleistung seines Vordermannes sah. Als er mit den Zigarren zurückkam, waren die beiden Gauner und mit ihnen sein Portemonnaie mit 165 Mark verschwunden.

Neues vom Tage.

Kronstadt, 5. Mai. Bei den hiesigen Kanalisationsarbeiten fanden infolge Ausströmens giftiger Gase 5 Arbeiter den Tod, während zwei lebensgefährlich erkrankt sind.

Aus New-York wird gemeldet, daß bei dem Feuer im Avenue-Hotel im Port Wayne über 30 Personen verbrannt sind, etwa 40 wurden verletzt. Das Gebäude brannte völlig aus. Von den 74 Gästen ist kein einziger unverletzt. In wenigen Augenblicken war jeder Ausweg aus Treppen und Fahrstühlen abgeschnitten und die Gäste mußten entweder aus den Fenstern springen oder verbrennen. Etwa 30 Personen retteten sich auf den Feuerleitern.

Oberförster Lewandowski vor dem Schwurgericht.

Berlin, 5. Mai. Am 29. Sept. vor. J. verstarb in der Privatklinik des Professors Karewski der Leutnant v. Schmidt, genannt Pfisfeld, an einer schweren Schußverletzung im Unterleib. Leutnant v. Schmidt, der im 5. Garderegiment zu Fuß in Spandau diente, hatte angegeben, daß er als Gast bei dem im Hause Kaiser-Allee 222 wohnenden Oberförstergattin Frau Lewandowski gewohnt habe, daß durch eigene Unvorsichtigkeit sein Revolver losgegangen und ihm die Kugel in den Unterleib gedrungen sei. Der Offizier verstarb noch an demselben Tage. Nach 3 Monaten, am 27. Dez., erstattete ein Fräulein Luise Suppl, die zur Zeit des Vorfalls Stütze bei der Frau Lewandowski gewesen war, von Brandenburg aus eine Anzeige bei der Schöneberger Kriminalpolizei, monach Leutnant v. Schmidt nicht das Opfer einer Unvorsichtigkeit geworden, sondern von dem Oberförster Lewandowski, der ihn in früher Morgenstunde im Schlafzimmer seiner Frau getroffen habe, erschossen worden sei. Die darauf von der Polizei angeordneten Ermittlungen bestätigten dann auch diese Beschuldigung und führten zur Verhaftung des Oberförsters Lewandowski.

Die Geschworenen erachteten den Angeklagten des Todesstrafes im Sinne des § 212 Str.G.B. für schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte ihn gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten auf die Untersuchungsfrist. Aus der Begründung des Urteils ist hervorzuheben, daß strafverschärfend ins Gewicht fiel der Mangel an Aussicht des Ehemannes gegenüber dem unmoralischen Treiben seiner Frau und strafmildernd der Umstand, daß der Ehemann intellektuell weit gegen seine Frau zurückstand und außerdem zur Tat gereizt worden war.

Zum Kampf im Malergewerbe

bringt der „Badische Beobachter“ in Nr. 100 einen Artikel, der in echt jesuitischer Weise alle bestehenden Tatsachen auf den Kopf stellt. Als treue Bundesgenossen der Unternehmer können auch unsere „Christlichen“ Maler, deren es in Karlsruhe kaum ein Viertelbündel gibt, nicht unterlassen, von einem sozialdemokratischen Malerverband zu faheln. Da nun der Plan, im Trüben fischen zu können, den „Christlichen“ in unserer letzten Versammlung gründlich bereitet wurde, so suchen sie jetzt die Öffentlichkeit irrezuführen. Eine Einigung in Mannheim hätte wohl zustande kommen können, wenn nicht der Vertreter der „Christlichen“ einer prozentualen Vertretung der einzelnen Organisationen hindernd in den Weg getreten wäre. Die weit hierbei unsere Vertreter im Recht waren, beweist der in Berlin gefällte Schiedspruch, der dem freien Verband 30 Mitglieder, den „Christlichen“ 4 und den Kirch-Tunderischen einen Vertreter zusprach. Was nun der § 7 unserer gestellten Forderungen anbelangt, so wissen unsere Brüder in Christo ganz genau, wie weit wir mit dieser Forderung gehen und welchen Anregungen dieser entspringen ist. Haben sich die „Christlichen“ auf unserem Bureau doch selbst davon überzeugt, daß wir nicht unbedingt an dieser Forderung festhalten, auch gar nicht festhalten wollen. Aber der Zweck heiligt die Mittel!

Die Malergehilfen von Karlsruhe und Umgebung wissen ganz genau, wenn sie die Vertretung ihrer Interessen anvertrauen können, und sie werden auch dafür Sorge tragen, daß die Hoffnung der „Christen“, durch Partieren mit dem Unternehmertum in diesem Kampfe, Mitglieder zu ergattern, gründlich zu Schanden wird.

Die Fehlbewertung des Verbandes der Maler, Lackierer, Tüncher und Weichbinder.

Letzte Post.

Die badischen Jungliberalen.

Schopfheim, 5. Mai. Der hiesige Jungliberale Verein sprach sich gegen den Anschluß an den Reichsverband der Jungliberalen Vereine aus. Die Vertreter des hiesigen Vereins werden demnach auf dem Konstanzer Jungliberalen Parteitag gegen den Anschluß stimmen.

Der württembergische Landtag

ist gestern zusammengetreten. Sofort wurde ihm von der sozialdemokratischen Fraktion ein dringlicher Antrag unterbreitet, der bewirkt, für Württemberg die seitherigen Freiheiten auf dem Gebiete des Vereins- und Ver-einamlungswesens auch unter der Gültigkeit des neuen Gesetzes soweit als möglich sicher zu stellen. Die Kammer hat die Dringlichkeit des Antrags bejaht. Der Antrag kommt daher am Donnerstag mit einigen anderen Anträgen zur Verhandlung.

Vertragung des Reichstages.

Berlin, 5. Mai. Donnerstag oder Freitag wird der Reichstag auf Grund einer kaiserlichen Verordnung bis zum 20. Oktober vertagt werden.

Seine Ejzenanz, der Lump.

Budapest, 5. Mai. Nach unerhörten Skandalenzen wurde gestern in dem Verleumdungsprozeß des früheren ungarischen Justizministers Kolonyi gegen den Redakteur und Abgeordneten Lengyel, welcher von dem Lumpen Kolonye gekloppt, das Urteil gefällt. Es lautet für den Redakteur auf 3 Monate Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sozialdem. Verein.) Heute abend 8 Uhr im „Auerhahn“ im Nebenzimmer Ausschußsitzung. Die Bürgerauschlußfraktion ist auf halb 9 Uhr zu dieser Sitzung eingeladen. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Jugendorganisation.) Heute abend halb 9 Uhr Versammlung im „Auerhahn“ im großen Saal. Tagesordnung: Bericht von der außerordentl. Generalversammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. 2098 Der Vorstand.

Bruchsal. Heute Mittwoch abend halb 9 Uhr im „Einhorn“ Kartellsitzung. Die Delegierten, sowie die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und die Gewerbetreibenden sind hierzu freundlichst eingeladen, mit dem Ertrüben, pünktlich zu erscheinen. 2072 Das Gewerkschaftskartell.

Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend im Vereinslokal Versammlung mit Vortrag von Genossen Winter. 2101 Der Vorstand.

Offenburg. Heute Mittwoch abend 8 Uhr Gesangsprobe in der „Neuen Halle“. 2100

Briefkasten der Redaktion.

M. G. in R. Arbeitersekretäre werden nicht ernannt, sondern von den Gewerkschaftskartellen bezw. von ihren beauftragten Kommissionen gewählt.

